

# Geheimgespräche um Eigentalsstrasse?

Im Gezerre um die Eigentalsstrasse finden derzeit offenbar bereits Gespräche hinter verschlossenen Türen statt. Allerdings sind daran lediglich die Gemeinden, der Naturschutz und die Radfahrer beteiligt. Strassenfachleute fehlen gänzlich.

**Daniel Jaggi**

Für den Oberembracher EDU-Kantonsrat Michael Welz ist das Fehlen von Strassenfachleuten im Mediationsverfahren zur Eigentalsstrasse nicht haltbar. «Der Entscheid des Verwaltungsgerichts verlangt eine gesamtheitlich koordinierte Betrachtungsweise», betont er und fügt an: «Es ist auch wichtig, dass die Aspekte des Strassenverkehrs, der Strassenbenutzung und der Verkehrsplanung einfließen, denn immerhin geht es hauptsächlich um die Zukunft dieser Strasse.» Deshalb müsse sich der Kanton auch für die Verkehrsteilnehmer einsetzen und nicht nur für die Schliessung der Strasse für den Autoverkehr. Zwar seien im derzeit laufenden Koordinierungsverfahren auch die Gemeinde Nürensdorf und die Stadt Kloten als Besitzerin der Strasse involviert, doch nach Ansicht des Oberembracher Kantonsrats seien die künftigen Anordnungen für die Benutzung der Eigentalsstrasse von überkommunaler Bedeutung und



Gesperre Eigentalsstrasse: Weiterfahrt nur für Anwohner möglich.

F: dj.

hätten Auswirkungen auf den Verkehrsfluss in der Region.

## Postulat eingereicht

Derzeit besteht die vom Verwaltungsgericht geforderte und alle Aspekte berücksichtigende Mediationsgruppe erst aus einer Kerngruppe, die nach Welz' Angaben aber bereits im Geheimen tagen. Er befürchtet, dass, bis alle betroffenen Kreise im Mediationsverfahren angehört wurden, die Weichen bereits zuungunsten der Bevölkerung gestellt sind. Welz: «Was bis jetzt hinter verschlossenen Türen läuft, hat nichts mit einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise zu tun, insbesondere deshalb nicht, weil die Befürworter der Strassenschliessung eine Vormachtstellung einnehmen.»

Der Kerngruppe gehören Vertreter der betroffenen Gemeinden, dem

Naturschutz und dem Amt für Verkehr, das bislang aber nur bezüglich des im Richtplan verankerten Radwegs die Sicht der Radfahrer einbringt.

Welz verlangt nun in einem Postulat vom Regierungsrat, für eine Gesamtbetrachtung der Eigentalsstrasse zu sorgen. Er soll die Aspekte des Strassenverkehrs und der Verkehrsplanung einbringen und zudem aufzeigen, wie er die Oberaufsicht über die Eigentalsstrasse wahrnimmt. Welz reichte das Postulat zusammen mit Werner Scherrer (FDP, Bülach) und Roland Scheck (SVP, Zürich) kürzlich im Kantonsrat ein.

Nach Angaben von Thomas Maag, Sprecher der Zürcher Baudirektion, sei zum heutigen Zeitpunkt noch of-

Fortsetzung auf Seite 3

# **Geheimgespräche um Eigentalsstrasse?**

*Fortsetzung von Seite 1*

fen, welche Stellen des Kantons an den Gesprächen direkt teilnehmen würden. Maag zum «Wochenspiegel»: «Die genaue Zusammensetzung wird in den nächsten Wochen bekannt gegeben.»

Die Eigentalsstrasse ist seit Januar letzten Jahres wegen Belagschäden gesperrt. Sie muss saniert werden, doch das ist nicht so einfach, weil die Strasse durch ein Moor- und Amphibienschutzgebiet von nationaler Bedeutung führt. Die Gemeinden Kloten und Nürensdorf wollten die Sanierung mit flankierenden Massnahmen wie Lastwagenverbot und temporärer Sperrung verknüpfen, da ansonsten teure Tunnels für die Frösche nötig wären. Weil dies Oberembrach nicht betrifft, hat sie den Belag schonmal erneuert. Trotzdem blieb die Strasse eine Sackgasse. Die Umweltverbände andererseits hätten es am liebsten, wenn die Strasse gänzlich gesperrt würde.

## **Bezirksrat zurückgepfiffen**

Im Juli 2013 verfügte der Bezirksrat, die Strasse unverzüglich zu sanieren und den Bau von Amphibientunnels voranzutreiben. Das Verwaltungsgericht hat diesen Entscheid wieder aufgehoben, weil Kloten und Nürensdorf Naturschutzmassnahmen angeordnet haben, für die sie in einem Schutzgebiet von nationaler Bedeutung gar nicht zuständig sind. Zudem war es nicht rechtens des Bezirksrats, die sofortige Sanierung der Strasse auf Kosten der Gemeinden zu verlangen, wenn später der Kanton allenfalls zum Schutz der Amphibien wieder einen teilweisen Rückbau verfüge. Das Verwaltungsgericht verlangte daher ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten. Dies sei höher zu gewichten, als die Interessen der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Verkehrs zu schützen. Damit bleibt die Strasse vorderhand gesperrt.